



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmarr Halbleib, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures** und **Fraktion (SPD)**

Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen besser unterstützen – Jugendsozialarbeit an Schulen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Zuständigkeit dafür Sorge zu tragen, dass die Landesmittel für die Bezuschussung von Stellen für Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) in ausreichendem Maße erhöht werden und damit die Möglichkeit geschaffen wird, dass alle Kommunen, die die Förderung von Jugendsozialarbeit an Schulen beantragen, diese auch bewilligt bekommen. Kommunen, die aufgrund der derzeit ausgeschöpften Fördermittel bereits auf eigene Kosten eine Stelle geschaffen haben, sollen ebenfalls in die Förderung aufgenommen werden, sodass sich der vorzeitige Maßnahmenbeginn nicht förderschädlich auswirkt.

Begründung:

Der Freistaat unterstützt im Rahmen der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) sozial benachteiligte oder individuell beeinträchtigte junge Menschen, die durch ihr Verhalten und durch erhebliche erzieherische, psychosoziale und familiäre Probleme auffallen, Schulverweigerer sind oder erhöhte Aggressivität und Gewaltbereitschaft zeigen. Durch den Einsatz von sozialpädagogischem Fachpersonal direkt an der Schule wird ein Jugendhilfeangebot mit niederschwelligem Zugang geschaffen, das den Jugendlichen dabei hilft, sich trotz Schwierigkeiten zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu entwickeln und Probleme zu überwinden. Die regelmäßige Evaluation des Angebots zeigt, dass es den JaS-Fachkräften gelingt, junge Menschen in konkreten Problemlagen frühzeitig zu erreichen und sie beispielsweise mit der Förderung von Bewältigungskompetenzen gut zu unterstützen. Insgesamt verbessert sich auch das Schulklima, von dem alle Schülerinnen und Schüler profitieren.

Neue JaS-Projekte müssen nun aber erst einmal zurückgestellt werden, da die Fördergelder des Freistaates ausgeschöpft sind. Da das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales der 1 000ten JaS-Stelle zugestimmt hat und somit das selbst gesetzte Stellen-Ziel von „JaS 1 000“ umgesetzt ist, stehen mindestens bis 2021 keine Haushaltsmittel aus dem Doppelhaushalt 2019/2020 mehr für weitere Stellen zur Verfügung. Das gilt sowohl für Schulen, die neu mit einer JaS-Stelle ausgestattet werden sollen als auch für Stellenaufstockungen. Dies betrifft derzeit Stellen im Umfang von rund 37 Vollzeitäquivalenten, die bei den zuständigen Bewilligungsbehörden angemeldet wurden.

Da die Problemlagen an den verschiedenen Schulen vielfältig sind und emotionale Probleme und Verhaltensauffälligkeiten bei Jugendlichen zunehmen, sind die Mittel für Jugendsozialarbeit an Schulen unverzüglich aufzustocken und die beantragten Stellen zu genehmigen. Nur so können Kinder und Jugendliche an Bayerns Schulen in schwierigen Lebenssituationen oder bei fehlender Unterstützung durch das Elternhaus frühzeitig aufgefangen und in ihrer Entwicklung bestmöglich gefördert werden. Weitere JaS-Stellen sind hierfür unverzichtbar und auch nicht mit dem Ausbau von Schulsozialpädagogen-Stellen ersetzbar, da diese präventiv für alle Kinder tätig sind und nicht wie die Jugendsozialarbeit bei den einzelnen direkt betroffenen jungen Menschen ansetzt.